

Vom Haupt- und Finanzausschuss am 18.01.2017 zur Ratssitzung zurückgestellte, noch zu klärende bzw. unmittelbar an den Rat gerichtete Fraktionsanträge

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlusssentwürfe der Verwaltung
FDP	15b	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	Antrag: Externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 €, streichen Der Antrag wurde zusammen mit den Anträgen der CDU Nr. 29 und Grüne Nr. 5 beraten.
CDU	29	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel für das Projekt 'Demographischer Wandel' vorerst zu streichen und anstelle dessen die Mittel für den Seniorenbeirat und das Jugendparlament jeweils zu verdoppeln. Die zuständige Demographie-Beauftragte soll zukünftig bei allen Entwicklungen in der Stadt Bornheim Stellungnahmen in Bezug auf den demographischen Wandel für die entsprechenden Ausschüsse abgeben (StEA, ASS, JHA). Der Antrag wurde zusammen mit den Anträgen der FDP Nr. 15b und Grüne Nr. 5 beraten.
Grüne	5	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	Antrag: Demographischer Wandel stellt aus unserer Sicht ein strategisches Handlungsfeld dar. Allerdings sollten Ausgaben gezielt und ergebnisorientiert erfolgen. Wie erklären sich die angesetzten Kosten für externe Begleitung? Da aus dem Haushalt 2015/2016 keine Ergebnisse zur 1. Phase vorliegen, sind diese Positionen ebenso wie der externe Dienstleister zu hinterfragen. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein klares Ergebnisziel für die Phasen zu definieren mit Zielstellung und Business Case und den Rat bzw. den bezogenen Ausschuss bei der Zielsetzung, dem Terminplan und der Auswahl des Dienstleisters einzubeziehen. Die Mittel sind im Haushalt so mit einem Sperrvermerk zu versehen, dass die Mittel nur freigegeben werden, wenn die oben genannte Zielstellung vorliegt.
FDP	15a	1.01.17	104	Die CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag der FDP-Fraktion an.

		Inklusion und Demographie		<p>Beschluss ASS: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel streicht die Mittel Externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 €</p> <p>Beschluss HFA: Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Mittel Externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 € zu streichen.</p>
				<p>10 Stimmen für den Beschluss (CDU, FDP, UWG) 10 Stimmen gegen den Beschluss (SPD, B90/Grüne, BM) 01 Stimmenthaltung (LINKE) Der Beschluss ist damit abgelehnt.</p> <p>Bis zur Ratssitzung soll geklärt werden, um welche investiven Mittel es sich handelt.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Projektplanung für das Demographische Entwicklungskonzept sah in seiner 2. Phase die Erarbeitung eines Handlungskonzeptes vor, in dem gemeinsam mit Bürgerschaft, Vereinen und Verbänden strategische Ziele zum Umgang mit dem demographischen Wandel in Bornheim sowie Projekte und Maßnahmen zur deren Erreichung entwickelt werden sollten. Die Mittel sollten der Finanzierung evt. investiver Maßnahmen dienen. Die Abwicklung des Projektes hat sich in 2016 jedoch soweit verzögert, dass ein Handlungskonzept und konkrete Maßnahmen erst im laufenden bzw. im kommenden Jahr erarbeitet werden. Die im Entwurf eingestellten investiven Mittel sind daher derzeit nicht zwingend erforderlich. Sobald ein Handlungskonzept mit konkreten Maßnahmen definiert wurde und dem Rat zur Beschlussfassung vorliegt, wird die Verwaltung die dann notwendigen Mittel darstellen.</p> <p>Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die im Haushaltsplanentwurf 2017/2018 die Mittel für externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 € sowie die geplanten investiven Mittel zu streichen.</p>
CDU	3	1.01.15 Gebäude-wirtschaft	88	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der Feststellung der tatsächlichen Flüchtlingszahlen zu prüfen, inwieweit die geplanten Investitionen in neue Flüchtlingsunterkünfte verhältnismäßig und ggfls. anzupassen sind.</p>

				<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Planung von Flüchtlingsunterkünften erfolgt in Abstimmung innerhalb der Verwaltung in Anpassung auf die zu erwartenden Flüchtlingszahlen. Die Planwerte sind im Änderungsprozess angepasst worden und aus heutiger Sicht zur Deckung des Bedarfes ausreichend (siehe investive Änderungsliste, Projekt 5.000159). Zur Errichtung von Übergangswohnheimen stehen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 5,65 Mio. € zur Verfügung, in den Jahren 2018 und 2019 weitere 1,7 bzw. 1,0 Mio. € (siehe Projekt 5.000129, Seite 88). Diese Budgets dienen insgesamt zur Umsetzung des Investitionsbedarfs im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Für das Projekt 5.000435 auf S. 99 gibt es keine haushaltsrechtliche Festlegung auf einzelne Objekte; die Gebäude Brahmsstraße wurden exemplarisch aufgeführt.</p> <p><u>Beschluss StEA:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung bis Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die konkreten Planungen mit der Summe für Flüchtlingsunterkünfte nochmals vorzulegen.</p> <p><u>Beschlussentwurf HFA:</u> Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von den konkreten Planungen.</p>
				<p>Der Antrag wird bis zur Ratssitzung zurückgestellt.(Klärung der Zahlen)</p> <p><u>Aktuelle Stellungnahme der Verwaltung:</u> Aus der Sicht der Verwaltung werden die im geänderten Beschlussentwurf dargestellten Beträge für die bisher geplanten Projekte benötigt.</p> <p><u>Beschlussentwurf Rat:</u> Der Rat beschließt, folgende Planwerte für die Schaffung von Wohnraum in den Haushalt einzustellen: 2017: 3.500.000 € 2018: 2.500.000 € 2019: 1.000.000 €</p>
CDU	21	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Dorfplatz Hemmerich (nur Befestigung der Schotterfläche ohne Ausbau der Kreuzbergstraße) im Jahr 2018 wieder mit investiven Mitteln i.H. v. 110.000 € in das Straßenausbauprogramm aufzunehmen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p>

				<p>Die Verwaltung stuft die Maßnahme aus Sicht der Verkehrssicherheit sachlich mit nachrangiger Ausbaupriorität ein und empfiehlt, diese in den Folgejahren 2019 ff. darzustellen und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße zu stellen.</p> <p><u>Beschluss StEA:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den Ausbau des Dorfplatzes Hemmerich im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße ab dem Jahr 2019 ff.</p> <p>Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit einem Stimmenverhältnis von 10 Stimmen für den Antrag (CDU, UWG) 12 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B90/Grüne, FDP, LINKE, BM) abgelehnt.</p> <p><u>Beschluss HFA:</u> Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahmen Ausbau Dorfplatz Hemmerich und Ausbau Kreuzbergstraße ab dem Jahr 2019 ff. in das Bauprogramm für Straßen und Verkehrsanlagen und ÖPNV aufzunehmen.</p>
				<p>10 Stimmen für den Beschluss (SPD, B90/Grüne, BM) 12 Stimmen gegen den Beschluss (CDU, UWG, FDP, LINKE) Der Beschluss ist damit abgelehnt. Behandlung des Antrages auch in der Ratssitzung.</p> <p><u>Beschlussentwurf Rat:</u> Der Rat beschließt, auf einen Ausbau Dorfplatz Hemmerich und Ausbau Kreuzbergstraße vorerst zu verzichten.</p>
FDP	31	1.12.02 Straßen- bau	307	<p>Antrag: Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren.</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p>
CDU	17	1.12.02 Straßen- bau	307	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg voneinander getrennt zu behandeln und den Ausbau des Donnersteins zurückzustellen. Der Oberdorfer Weg soll hingegen ausgebaut werden und mit gleichmäßigen investiven Mit-</p>

				<p>tern von 2017 bis 2021 versehen werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren.</p> <p>Die gleichmäßige Verteilung der investiven Mittel zur Projektfinanzierung ist aus haushalts-technischen Gründen nicht möglich, da eine Kostendeckung der einzugehenden Verbindlichkeiten (z. B. Bauauftrag) in voller Höhe vorhanden sein muss.</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p>
DIE LINKE	12	1.12.02 Straßen- bau	307	<p>Antrag: Trennung der Ausbaumaßnahme Donnerstein/ Oberdorfer Weg unter gleichzeitiger Zurückstellung des Ausbaus des Donnersteins.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p>
SPD	2. 2	1.12.02 Straßen- bau	307	<p>Antrag: Donnerstein, Oberdorfer Weg: Kein Ausbau des Donnerstein, Reduzierung der Mittel um 300.000 €</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p>
Grüne	15	1.12.02 Straßen- bau	307	<p>Antrag: Donnerstein und Oberdorfer Weg: Der BM wird beauftragt, diese Position zu streichen und die gestrichenen Kosten für die Gegenfinanzierung des Bürgerradwegs zu nutzen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf die vorherigen Stellungnahmen zur Trennung der beiden Maßnahmen wird verwiesen.</p>

			<p>Der Antrag wirkt auf eine bereits angelaufene Maßnahme. Der Verzicht auf die Gesamtmaßnahme stünde im Widerspruch zum derzeit wirksamen Straßenbauprogramm und stellt die Zielsetzung des Straßenbauprogramms grundsätzlich in Frage.</p> <p>Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang auf den Fortbestand erheblicher Mängel im Verkehrsraum (Oberflächenentwässerung, Beleuchtung, Trennung Fahrbahn, Gehweg usw.) insbesondere zu Lasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer sowie die weitere Verstärkung des Sanierungsstaus Bornheimer Straßen hin.</p> <p>Neben dem Verlust der Synergieeffekte bei gemeinsamem Kanal- und Straßenbau würde auch Refinanzierung der bisher entstandenen Kosten für Vermessung, Planung und Gutachten durch Anliegerbeiträge entfallen.</p> <p>Im Übrigen ist der finanzielle Rahmen und die zeitliche Perspektive einer Förderung des ehemaligen Bürgeradweges unklar.</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p> <p><u>Beschluss StEA:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg, stellt die Anträge bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück und beauftragt den Bürgermeister, die Reduzierung der Kosten durch den Nichtausbau des Donnersteins darzustellen und eine Stellungnahme vom SBB bezüglich der Notwendigkeit des Kanalausbaus vorzulegen.</p> <p><u>Beschlussentwurf HFA:</u> Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis und empfiehlt dem Rat, die Trennung der Maßnahmen und die Reduzierung des Budgets um 400.000 € durch Wegfall der Maßnahme Donnerstein sowie die Maßnahme Oberdorfer Weg in das Jahresbudget von 4.000.000 € aufzunehmen.</p>
			<p><u>Beschluss HFA:</u> Die Anträge werden bis zur Ratssitzung zurückgestellt, die Verwaltung übermittelt den Fraktionsvorsitzenden die umfangreiche Stellungnahme des SBB und für die Beratung im Rat eine Ergänzungsvorlage fertigen.</p> <p><u>Beschlussentwurf Rat:</u> Der Rat beschließt,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Maßnahmen Donnerstein und Oberdorfer Weg zu trennen, • die Maßnahme Donnerstein derzeit nicht zu realisieren sowie • die Maßnahme Oberdorfer Weg in das Jahresbudget von 4.000.000 € aufzunehmen.

SPD	2. 8	1.12.02 Straßen- bau	309	<p>Antrag: Kreisverkehr Bonner Straße/Siegesstraße: Verschiebung in Folgejahre, Planung 2020, Ausbau 2021, neue Verkehrszählung nach voller Funktionstüchtigkeit des Einkaufszentrums.</p> <p>Beschluss StEA: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, die Maßnahme Kreisverkehrsplatz Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße in den Haushalt 2020 ff. zu verschieben.</p> <p>Beschlussentwurf HFA: Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Maßnahme Kreisverkehrsplatz Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße in den Haushalt 2020 ff. zu verschieben und in das Jahresbudget von 4.000.000 € aufzunehmen.</p>
				<p>12 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, UWG, LINKE, BM) 01 Stimmen gegen den Antrag (FDP) 09 Stimmenthaltungen (CDU)</p> <p>Über die Anträge der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion, die Mittel zu streichen, wurde nach Beschlussfassung nicht mehr abgestimmt.</p> <p>Beschlussentwurf Rat: Der Rat beschließt, die Maßnahme Kreisverkehrsplatz Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße in den Haushalt 2020 ff. zu verschieben und in das Jahresbudget von 4.000.000 € aufzunehmen.</p>
		1.13.01 Öffentli- ches Grün, Spielplätze		<p>Projekt 5.000448, Themenspielplätze Kinderspielplätze in Waldorf und Sechtem</p> <p>AM Heller bittet bis zur Ratssitzung mitzuteilen, was für Themenspielplätze und Kinderspielplätze in Waldorf und in Sechtem installiert werden sollen, da der JHA und der Umwelta nicht darüber informiert worden sind.</p> <p>Die Verwaltung nimmt zu den Themenspielplätzen wie folgt Stellung:</p> <p>Der zusätzliche Investitionsbedarf hat sich aus den Erfahrungen mit der grundhaften Sanierung des Spielplatzes Lichtweg in Widdig in 2016 ergeben, die gezeigt hat, dass für eine grundlegende Sanierung eines Spielplatzes die (für alle 5 Spielplätze im Stadtgebiet) zur Verfügung stehenden investiven Mittel für Spielgeräte, Aufwuchs und Anlagen auf Spielplätzen nicht ausreichend sind. Danach folgt eine Evaluierung. Dies erfolgt im Einklang mit dem Spiel-</p>

			<p>flächenentwicklungsplan (Spielflächen in Bornheim - Bestand, Bedarf und Entwicklung für die Jahre 2015 bis 2020) "Ausbau und Modernisierung von Kinderspielplätzen". Der Ansatz wurde bisher nicht veranschlagt. Das Konzept über die Umsetzung ist dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.</p> <p><u>Beschlussentwurf Rat:</u> Der Rat nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, die jährlich erforderlichen investiven Mittel in Höhe von 50.000 € für die Jahre 2017 bis 2020 bereitzustellen. Das Konzept über die Umsetzung des Spielflächenentwicklungsplanes ist dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.</p>
--	--	--	--

HFA: Stimmenverhältnis zu den Änderungslisten konsumtiv und investiv
(ohne: Konsumtive Änderungen
Produktbereich 1.16, Allgemeine Finanzwirtschaft, 11601 Zeile 1 Steuern und ähnliche Abgaben
Grundsteuer B und Gewerbesteuer

16 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, BM)
04 Stimmen gegen den Beschluss (B90/Grüne, UWG)
02 Stimmenthaltungen (FDP, LINKE)

- Die Verwaltung sagt zu, einen Vorschlag zur Erhöhung der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A vorzulegen. Hierzu wird auf die 3. Ergänzungsvorlage verwiesen.
- **Information zur Veranschlagung der ÖPNV-Mehrbelastung**
Die konsumtive Änderungsliste ist ergänzt um die vom Landrat des Rhein-Sieg-Kreises mitgeteilten Änderungen zum Anteil der Mehrbelastung ÖPNV für die Jahre 2017 und 2018, Produktgruppe 1.12.04 ÖPNV, Transferaufwendungen.